

Für den Umbau des Gewerkschaftshauses, in dieser Sitzung wurde von einer detaillierten Verwendung nichts gesagt...

Am gleichen Abend wurde dann noch festgestellt, daß in der Zwischenzeit, also nach erfolgter Revision und nach der Feststellung der Unterschlagungen von Wick und Müller, in der Werkstatt der Firma Emil Wolff eine Verammlung abgehalten wurde...

Nun behaupten die Kommunisten und deren Presse, Wick habe während seiner vierzehnjährigen Tätigkeit den Beweis seiner Befähigung zum Geschäftsführer erbracht, denn es sei ihm gelungen, die Mitgliedschaft erheblich zu vermehren...

Table with 3 columns: Abrechnung vom, Mitgliedszahl, Beitragsleistung pro Mitglied und Anteil. Rows for quarters 1-4 of 1923 and 1924.

Nach den Angaben von Wick sollte eine Zunahme von 71 Mitgliedern gleich 3,66% vorhanden sein, während die Beitragsleistung eine Abnahme von 78% aufweist...

Sollte Handlungen wie in Recklingen sind nur möglich, wo die Mitgliedschaft sich kühnlich durch revolutionäre Phrasen, und das ist wiederum nur möglich bei einer Mitgliedschaft...

Die gemauerten Stände der Wick und Konforten sind die Frucht der Erziehung durch die kommunistische Partei...

Die hat sich die kommunistische Presse entsetzt, weil der von Oppenheim noch vorhandene Geldbetrag ohne Schuld des Vorwandbesitzer erbeutet wurde...

Betriebsstillelegungen.

Der ist vorzuziehen werden, nur unbedeutende Arbeiter loszuwerden.

Die Verordnung über Betriebsstillelegungen vom 2. November 1920 und 15. Oktober 1923 sieht vor, daß die Arbeitgeber vier Wochen vorher bei der Demobilisationsbehörde Anzeige erlassen müssen...

Der preussische Minister für Handel und Gewerbe setzt in einem Erlass an die Demobilisationsbehörden die ihm von besonders Wert erscheinenden Gesichtspunkte, die bei der Ausführung der Vorschriften vom 2. November 1920...

15. Oktober 1923 über Betriebsstillelegungen und Arbeitsfreudung zu beachten sind, wie folgt zusammen:

1. Alle auf Grund der Stillelegungsverordnung erlassenen Anzeigen und Aufträge sind mit besonderer Beachtung zu behandeln. Zur Aufklärung der Angelegenheiten...

Streif

ist die schärfste Waffe, die der Arbeiterschaft zur Verfügung steht. Er

ist

eine Waffe, die sich unter Umständen mit ihrer vollen Schärfe gegen die Angreifer wenden kann. Deshalb müssen wir als kluge Menschen versuchen, Konflikte auf friedlichem Wege zu erledigen.

das

nicht, dann ist es immer noch Zeit, der Arbeiterschaft das Opfer eines Streiks aufzuerlegen. In den meisten Fällen jedoch werden wir ohne das

letzte

Mittel auskommen, also durch Verhandlungen das Ziel erreichen. Prüfe sich deshalb, des Mitglied ein: Der Streik ist nach gewerkschaftlichen Grundsätzen nicht das erste, sondern das letzte

Kampfmittel.

2. Dagegen ist die allgemeine Übertragung der Entscheidungen aus der Stillelegungsverordnung — z. B. Genehmigung zur Entlassung von Arbeitnehmern vor Ablauf der Sperrfrist...

3. Die Betriebsvertretungen sind unter allen Umständen zu den Verhandlungen auf Grund des § 3 der Stillelegungsverordnung, und zwar, worauf ich noch besonders hinweise, vor Fällung einer etwaigen Entscheidung heranzuziehen.

4. Den Gewerkschaften ist in allen Fällen von Betriebsstillelegungen durch rechtzeitige Benachrichtigung Gelegenheit zu geben, sich an den Verhandlungen gemäß § 3 der Stillelegungsverordnung zu beteiligen.

Im allgemeinen sind die in Betracht kommenden Behörden mit der Genehmigung zur Stillelegung recht schnell bei der Hand. Die Prüfung der Verhältnisse erfolgt in der Regel so, daß den Angaben der Arbeitgeber, wonach die Weiterführung des Betriebes aus Mangel an Mitteln oder aus anderen Gründen nicht möglich ist...

Die Flachsfabrik Lanenburg i. Pom. hat am 1. Dezember 1923 dem Regierungspräsidenten in Köslin mitgeteilt, daß sie gezwungen sei, den gesamten Betrieb stillzulegen...

Der Regierungspräsident. Köslin, den 7. 12. 1923. J. O. 32 I Nr. 3016/23. Zum Antrag vom 1. 12. 1923.

Ich genehmige auf Grund der Stillelegungsverordnung vom 8. 11. 1920 — RGBl. S. 1904 — S. 915 — die Stillelegung der Flachsfabrik mit Wirkung vom 8. 12. 1923...

Die Arbeiter der Flachsfabrik wurden am 9. Dezember 1923 entlassen. Bei der Wiedereröffnung nach kurzer Zeit wurde ein Teil der Arbeiter nicht wieder eingestellt. Unsere Jobstellereklame Lanenburg klagte deshalb auf Zahlung des Lohnes für die Erfüllung der Sperrfrist...

Genehmigung zur Stillelegung des Betriebes, d. h. die entlassenen Arbeiter wieder einzustellen, nicht anerkannt werden könnte, da weder ein Gesetz noch eine VO. bestünde, die sie verpflichtete, die entlassenen Arbeiter wieder einzustellen...

Noch schlimmer liegt der Fall mit der Genehmigung zur Stillelegung der Zündholzfabrik Lanenburg, die von demselben Regierungspräsidenten erteilt worden ist. Die Firma kündigte am 27. Oktober 1923 ihren sämtlichen Arbeitern auf den 3. November 1923 und beantragte bei dem Regierungspräsidenten in Köslin die Genehmigung zur Stillelegung...

Die Abänderung meiner Verfügung vom 3. 11. 1923 J. O. 32 Nr. 2722, sehe ich den Termin, an dem die Stillelegung der dortigen Zündholzfabrik erfolgen kann, auf den 3. November 1923 fest.

Dieses Schreiben wurde in Köslin am 1. Dezember 1923 zur Post gegeben. Also unbekümmert, ob ein gerichtliches Urteil vorlag, das die Firma schon am 26. November 1923 verurteilte, den Arbeitern den Lohn für eine Woche zu zahlen...

Der Pr. Minister für Handel und Gewerbe. Berlin, den 20. Mai 1924. W 9, Leipziger Straße 2. J. Nr. III 2949.

Wie aus den mir vorliegenden Akten ersichtlich ist, hat die Angelegenheit betr. Stillelegung der Flachsfabrik in Lanenburg i. P. ihre Erledigung dadurch gefunden, daß der Bevollmächtigte Ihres Verbandes in Lanenburg durch Schreiben vom 2. 2. 1923 die Lohnkassier der Arbeitnehmer zurückgezogen hat.

haben erneut wieder aufgenommen und den Termin für die Stilllegung auf den 3. November 1923 zurückverlegt.

Die nachträgliche Veränderung der erstmalig für den 30. November 1923 genehmigten Stilllegung auf den 3. November ist unzulässig und mit den gesetzlichen Bestimmungen nicht in Einklang zu bringen.

Damit ist ausgesprochen, daß der Regierungspräsident geschwidge behandelt hat. In dem Antwortschreiben des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe vermissen wir noch den Hinweis, daß der Regierungspräsident in Köslin auch die sonstigen Vorschriften über die Genehmigung von Betriebsstilllegungen nicht eingehalten hat.

Wollen Sie ferner einer Organisation angehören? Wer nicht unterschrieben wurde, nicht eingestellt. So wird mit den Arbeitern umgesprungen, und die Regierungsbehörden leisten durch die Genehmigung von Stilllegungen noch solchem Beginn vorstreb. Es ist ferner unerschönlich, warum in beiden Fällen nicht die Sperrstrichen eingehalten worden sind.

Durch die Beschwerde bei dem Ministerium wurde erreicht, die geschwidge Handlung des Regierungspräsidenten richtigzustellen. In vielen Fällen ist das aber nicht möglich, weil wir von solchen Schritten keine Kenntnis erhalten.

Schlechter Geschäftsgang, hohe Preise.

In einem Rückblick über die Wirtschaftslage im Monat Mai schrieb die „Industrie- und Handelszeitung“ Nr. 131 vom 5. Juni 1924:

In der Papier-Industrie war der Auftragsbestand durchweg gering. Wenn die ungünstige Lage weiter anhält, erscheint eine Betriebseinschränkung bei vielen Werken unvermeidlich.

Daß die Unternehmer zur Zeit einer wirtschaftlichen Krise, also bei vorhandener Absatzflaute, die Preise für ihre Erzeugnisse herauf- statt herabsetzen, erscheint zunächst ganz widersinnig.

Als die Unternehmer noch unorganisiert und gegenseitig Konkurrenten waren, haben sie bei wirtschaftlicher Depression die Preise für ihre Erzeugnisse herabgesetzt, um den Umsatz zu erhöhen.

Der schwere volkswirtschaftliche Nachteil der Kartellpolitik liegt darin, daß heute — im Gegensatz zu früher — nicht mehr so sehr höchste Rentabilität das erstrebte Ziel ist, sondern höchste Preise.

Der schwere volkswirtschaftliche Nachteil der Kartellpolitik liegt darin, daß heute — im Gegensatz zu früher — nicht mehr so sehr höchste Rentabilität das erstrebte Ziel ist, sondern höchste Preise.

Der schwere volkswirtschaftliche Nachteil der Kartellpolitik liegt darin, daß heute — im Gegensatz zu früher — nicht mehr so sehr höchste Rentabilität das erstrebte Ziel ist, sondern höchste Preise.

Der schwere volkswirtschaftliche Nachteil der Kartellpolitik liegt darin, daß heute — im Gegensatz zu früher — nicht mehr so sehr höchste Rentabilität das erstrebte Ziel ist, sondern höchste Preise.

der Ausfluß der Erkenntnis höherer Gewinne der modern eingerichteten Betriebe.

Die schweren Nachteile der Kartellpolitik äußern sich also: volkswirtschaftlich in den weit über den Warenwert zuzüglich Gewinnrate hinausgehenden willkürlich festgesetzten, ungerecht hohen Preisen;

sozialpolitisch in dem Streben nach Arbeitszeitverlängerung und Lohndruck, als Konsequenz unmoderner Betriebseinrichtungen.

Laß die anderen zahlen.

dich in die Organisation aufnehmen und zahle deinen Beitrag, damit dich Kollegen nicht als Schmarotzer bezeichnen, der gern die durch die Organisation erlangenen Vorteile einsteckt, aber die zahlen läßt.

Wenn jeder so denken und handeln würde wie du seither, dann gäbe es keine Organisation und folglich auch keine Vorteile für dich. Deine Wertung als Arbeiter und Mensch hast du dem Einflusse der Organisation zu verdanken. Wenn du das einziehst, dann mußt du auch entsprechend handeln, mußt Verbandsmitglied werden und auch deinen Beitrag zahlen.

Aus der Industrie

Papier-Industrie

Wer hat recht?

Immer wieder wird bei den Verhandlungen von Arbeitgeberseite hervorgehoben, daß die Gesehungskosten der deutschen Papiererzeugungs-Industrie die Weltmarktpreise des versandfertigen Papiers überschritten hätten und daß infolgedessen der Geschäftsgang in der Industrie ein recht gedrückter sei.

Eisenhölz, Holzstoff- und Papierfabrik, A.G. zu Grafenau:

Aber die Ansichten wird bemerkt, daß im laufenden Geschäftsjahr das Unternehmen immer flott beschäftigt gewesen ist und zur Zeit über einen für mehrere Monate zureichenden Auftragsbestand verfügt.

Ratron, Zellstoff- und Papierfabrik, A.G., Berlin:

Nach dem erfolgten Übergang auf Goldmark wurden jedoch sämtliche Betriebe wieder voll besetzt, so daß die Gesellschaft bei der Herannahme von neuen Aufträgen längere Lieferungsfristen beanspruchen mußte.

München-Da-gauer Papierfabrik A.G., München:

Aber das neue Geschäftsjahr ist zu berichten, daß sämtliche Fabriken der Aktiengesellschaft stets im vollen Umfange beschäftigt waren und für mehrere Monate hinaus mit lohnenden Aufträgen reichlich versehen sind.

Ähnliche Äußerungen befinden sich auch in den Berichten der übrigen Aktiengesellschaften. Jedenfalls geht aus diesen Äußerungen hervor, daß der angeblich schlechte Geschäftsgang nicht für alle Betriebe zutrifft.

Den Betrieb wieder aufgenommen, hat die Papierfabrik in Altersen. Wie es heißt, will die Betriebsleitung aber die Fabrikare in etwa 14 Tagen wiederum schließen, wenn bis dahin nicht eine Einigung über die Arbeitszeit erzielt wird.

Vom schlechten Geschäftsgang spricht eine in der gleichen Nummer des „Papierfabrikanten“ enthaltene Notiz über die Haindichen Papierfabriken in Augsburg sicherlich auch nicht, in der es u. a. heißt:

Die im neuen Fabrikgebäude aufgestellte vierte in Betrieb genommene Papiermaschine (10 Meter lang) tritt an die Stelle vorhandener älterer Einrichtungen, um durch Verbesserung der Produktionsweise der Ungunst unserer Wirtschaftslage zu fliehen.

Nach einem schlechten Geschäftsgang steht auch die Notiz im „Papierfabrikanten“ nicht aus, die die Mitteilung bringt, daß die Feldmühle in ihrer Anlage in Obernau eine Papiermaschine mit 6 Meter Siebbreite und einer Papierbahn von 5,5 Meter aufstellte.

Die Arbeitgeschwindigkeit ist 250 bis 300 Meter in der Minute, doch ist alles vorgegeben, um diese auf 350 Meter steigern zu können. Bei 300 Meter wird die tägliche Produktion zehn Eisenbahnwagen Zeitungsdruckpapier betragen, und es ist das Papier dieser Maschine in erster Linie zum Export nach Amerika und so weiter bestimmt.

Wenn der Geschäftsbericht der Norddeutschen Federpappenfabrik, A.G. (Groß-Sachsen) sagt:

Trotzdem ist es gelungen, durch wesentliche Betriebsverbesserungen die Gesamterzeugung zu erhöhen. Die Firma konnte auch ihre Fabrikate in der Güte erheblich steigern.

so deutet auch diese Mitteilung auf keinen schlechten Geschäftsgang hin.

Wenn die Papierfabrik Sebnitz für das abgelaufene Geschäftsjahr aus einem Reingewinn von 60.568 Millionen Mark eine Dividende von 4 Rentenmark auf jede Aktie auszuschütten in der Lage ist, so ist auch dieses sicherlich kein Zeichen für einen schlechten Geschäftsgang, sondern umgekehrt ein Beweis dafür, daß, trotzdem dieser Betrieb in erster Linie nur Druckpapier herstellt und die Druckpapiererzeugung nach Angabe der Unternehmer die zur Zeit unrentabelste sein soll, der Betrieb nicht nur flott, sondern auch zu lohnenden Preisen beschäftigt war.

Aus all diesen Tatsachen geht hervor, daß die Arbeiter und ihre Vertreter alle Ursache haben, die wirtschaftlichen Aufgaben der Unternehmer recht vorsichtig zu bewerten. Zur Vorsicht mahnt auch eine Betrachtung über die wirtschaftliche Lage der sächsischen Papier-Industrie, die in Nr. 22 des „Papierfabrikanten“ vom 1. Juni d. J. erschienen ist und in der es u. a. heißt:

Die Arbeitsverhältnisse sind im allgemeinen geordnete und ruhige. Es liegt aber wohl auch keine Veranlassung zu Einsprüchen vor, weil die Belegschaft fast ihre volle Beschäftigung hat und ein Lohnabbau nicht erfolgt ist, im Gegenteil (schwebend noch Verhandlungen über eine rückwirkende Lohnhöhung.)

Diese Ausführungen stellen die wirklichen Tatsachen über die Arbeitsverhältnisse in der sächsischen Papier-Industrie geradezu auf den Kopf. In Wirklichkeit sind die Arbeitsverhältnisse nicht geordnet und ruhig, sondern durch Maßnahmen des Arbeitgeberverbandes nahe daran, durch Betriebsstilllegungen sich sehr unruhig zu gestalten. Die Gruppe Sachsen des Arbeitgeberverbandes hat den bestehenden Lohnvertrag gekündigt und verlangt eine Reduzierung der Löhne für den ungelerten Arbeiter der Ortslohnklasse 1 von 48 auf 43 Pf. pro Stunde und für die übrigen Arbeitnehmer in allen Orts- und Altersklassen in gleichen Verhältnis.

Einen weiteren Beweis über die Bewertung von Unternehmernanfragen bietet die Wäziner Papierfabrik. In ihrem Betriebe in Rathsdammitz hat die Firma am 6. Juni d. J. durch Anschlag bekanntgemacht, daß der gesamten Belegschaft mit vierzehntägiger Kündigungsfrist das Arbeitsverhältnis gekündigt und der Betrieb wegen „Inrentabilität“ geschlossen wird.

Ermutigt durch das Verhalten eines Teiles der Papierarbeiter, für die der Verband nur ein „Tischleindeckch“ zur Befriedigung ihrer gestellten Wünsche war, und die, wenn ihre Wünsche nicht voll befriedigt werden konnten, in radikalen Phrasen ihrem Unmut freien Lauf ließen, die aber heute der Gewerkschaftsbewegung gleichgültig, zum Teil sogar wieder ablehnend gegenüberstehen, laufen die Unternehmer heute nicht nur Sturm gegen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und deren Organisationen, die sie bei jeder passenden Gelegenheit zu provozieren versuchen, sondern wenden sich auch mit der aus der Vorkriegszeit bekannten Unternehmervourage erneut gegen jeden behördlichen Eingriff, den sie als eine Verletzung ihres Herrn-im-Haule-Standpunktes ansehen.

Das vergangene Geschäftsjahr war ein Jahr des Kampfes in jeder Beziehung mit seinen guten und seinen schlechten Auswirkungen. Eines Kampfes gegen täglich sich mehrende Widerwärtigkeiten, gegen Gesetze und Verordnungen, gegen Willkür und Unmenschlichkeit und nicht zuletzt gegen Eingriffe der Regierenden, die die Industrie in ihrem Lebensnerv bedrohten!

Die Armut der Firma kommt recht drastisch zum Ausdruck in dem Antrage des Vorstandes der Aktiengesellschaft, der dahin geht, daß jetzt auf 1 Million Papiermark laufende Aktienkapital auf 400.000 Goldmark zu berichtigten. Zweifellos werden die Aktionäre diesem Antrage freudig zustimmen und dabei gesungen haben: „Sehen Sie, das ist ein Geschäft, das bringt noch was ein!“

Aus all den vorstehenden Ausführungen geht mit Deutlichkeit hervor, daß die Unternehmer, selbst unter Anwendung brutaler Gewaltmittel, es auszeichneten verfehlen, ihre Interessen zu wahren und daß ihr Kampf sich in erster Linie immer wieder gegen die unter elenden Lohnverhältnissen darbenende Papierarbeiterschaft richtet.

Die nationalen Papierfabrikanten.

Das deutsche Unternehmertum und insbesondere die deutschen Papierfabrikanten haben bei allen Randgebungen ihre nationale Gesinnung besonders stark heroor. Der modernen Arbeiterbewegung und besonders den Gewerkschaften sind von dieser Seite ihre internationalen Beziehungen wiederholt zum Vorwurf gemacht worden.

Wie es mit dem Patentnationalismus der Unternehmerrarbeit geht, wenn es sich um ihre Geldsack-Interessen handelt, dafür bietet die in der letzten Zeit in den Tageszeitungen erscheinenden Notizen ein treffendes Bild. Das Berliner Tageblatt will von antierreicher Seite erfahren haben, daß man in interessanter Kreise der Papierfabrikanten ein internationales Syndikat zum

O. Söhler.

